Offener Brief des Bündnisses SEEBRÜCKE MV an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Innenminister Lorenz Caffier

Es ist an der Zeit, JETZT zu handeln!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,
Sehr geehrter Herr Innenminister Caffier,
Sehr geehrte Abgeordnete des Landesparlaments,

Die aktuelle Situation der geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln und an der türkisch- griechischen Grenze ist katastrophal. Auf Menschen, die vor Krieg geflohen sind und schon unsägliches Leid erlebten, wird von europäischen GrenzschützerInnen mit Tränengas und Blendgranaten geschossen, militärische Schießübungen über mehrere Tage gezielt in dem Grenzgebiet abgehalten, Boote bewusst zerstört oder abgetrieben. Sie werden unter direkter ZeugInnenschaft der europäischen Bevölkerung gefangen gehalten, geschlagen, gefoltert, bis auf die Unterhose beraubt, sogar getötet. Mindestens zwei Menschen wurden erschossen. Die Zahl der deutschen BundespolizistInnen, die den griechischen Grenzschutz unterstützen, beläuft sich mittlerweile auf über 70. Die pogromartige Stimmung auf den griechischen Inseln spitzt die Lage zudem weiter zu. Geflüchtete, Ehrenamtliche, NGO-MitarbeiterInnen, FotografInnen und JournalistInnen werden angegriffen, Versorgungszentren und soziale Orte der Unterstützung und Hoffnung, brennen ab.

Die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln ist jedoch gewiss nicht erst seit dem letzten Februar-Wochenende diesen Jahres katastrophal. NGOs und einzelne PolitikerInnen berichten seit Jahren über die dortigen Misstände - Geflüchtete, viele von ihnen unbegleitete Kinder und Jugendliche, leben dort seit Jahren unter erbärmlichsten und unhygienischsten Bedingungen, in völlig überfüllten Lagern, die Gewalt und Stress erzeugen.

Perspektivlosigkeit, Hunger, Kälte, Einsamkeit und traumatische Erlebnisse, die sich auf europäischen Boden fortsetzen, haben eine steigende Suizid-Rate - selbst unter den Kindern und Jugendlichen - sowie einen drastischen Anstieg von physischen und psychischen Erkrankungen zur Folge.

Noch immer ertrinken täglich Menschen auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer. Ungeachtet dessen wurden staatliche Rettungsmissionen im letzten Jahr eingestellt. Private Seenotrettungsinitiativen tun das, worauf sich die EU- Staaten nicht einigen können - sie retten Menschenleben und werden dafür kriminalisiert.

Die Kriminalisierung trifft auch die Flüchtenden selbst - mit verheerenden Folgen.

Flüchtende Menschen in ihrem Flüchtlingsdasein anzuerkennen und als schutzlose Menschen zu verstehen, ist ihr einzig verbliebener Schutz in dieser Welt. Was diese Menschen erleben, ist das Katastrophalste, was einem Menschen in seinem Dasein widerfahren kann.

„Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben.“ Hannah Arendt

Dieser Satz, aus der barbarischen Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus gezogen, formuliert das Prinzip, welches den europäischen und den internationalen Menschenrechten zugrunde liegt, die zugleich im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert sind, und dem Sie als Abgeordnete verpflichtet sind.

Diesem Menschenrechtsgewissen wird mit dem beschämenden Minimalkonsens, auf den sich die Bundesregierung kürzlich einigte (gemeinsam in einer sogenannten „Koalition der Willigen“ 1000 bis 1500 geflüchtete Kinder bis 14 Jahren aufzunehmen), in keinsten Weise ausreichend entsprochen.

ES IST ZEIT, ZU HANDELN. JETZT!

Seit dem Sommer 2018 engagieren sich europaweit Menschen in der internationalen Bewegung „SEEBRÜCKE“, die von verschiedenen Bündnissen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft getragen wird. Sie setzen sich ein für eine Änderung der EU- Außenpolitik im Hinblick auf die Seenotrettung. Sie fordern sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung

ziviler Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten. Im Zuge dieser Bewegung erklärten sich in Mecklenburg-Vorpommern bisher drei Städte - Rostock, Greifswald und Neubrandenburg - durch Beschlüsse der Bürgerschaft oder der Stadtvertretung zu sicheren Häfen. Deutschlandweit gibt es aktuell 138 Städte sicherer Häfen. Diese Städte zeigen sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht, engagieren sich gegen das Sterben auf dem Mittelmeer und für eine würdevolle Aufnahme von Geflüchteten. Diese Städte sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und zusätzlich zum Königssteiner Schlüssel geflüchtete Menschen aufzunehmen. Dies erfordert eigene Landesaufnahmeprogramme der Bundesländer.

Nach einem uns vorliegenden aktuellen Rechtsgutachten können die Bundesländer nach Information an das Bundesinnenministerium ein eigenes Aufnahmeprogramm auflegen, ohne - wie bisher angenommen - auf dessen Zustimmung angewiesen zu sein. Die im September vergangenen Jahres von Berlin gestartete Bundesratsinitiative, den § 23 Absatz 1 Satz 3 AufenthG zu verändern, ist nach diesem Gutachten nicht zwingend nötig, weil auch jetzt schon durch das Grundgesetz klare Regelungen bestehen, die nicht durch Bundesgesetze näher ausgelegt sind. Die Aufnahme von Flüchtenden aus überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln kann demnach von der Bundesregierung nicht verweigert werden. Den Bundesländern steht das Recht zu, besonders vulnerable Personen, wie etwa Kinder und Mütter oder unbegleitete Minderjährige, aufzunehmen - auch ohne Zustimmung des Bundesinnenministeriums.

Die Länder können auf diesem Wege konkrete Landesaufnahmeprogramme ausarbeiten. Ergreifen Sie diese Chance! Kommen Sie den Forderungen der Zivilgesellschaft und der eigenen Verpflichtung nach, als Abgeordnete auf Grundlage der Menschenrechte zu handeln, lassen Sie uns die Verantwortung nicht weiter auslagern!

Auch wir hier in Mecklenburg-Vorpommern wollen Verantwortung übernehmen für die Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihre Arbeit, ihre Familien und vieles mehr verlassen mussten. Wir wollen nicht weiter zusehen, wie diese Menschen an den Grenzen Europas bekämpft und in ihrer Würde erniedrigt werden!

Die Zivilgesellschaft ist bereit und willens, Geflüchtete in unserer Gesellschaft aufzunehmen, PatInnschaften einzugehen, Begleitung und Betreuung - sprich: Verantwortung - zu übernehmen.

Sehr geehrte Frau Schwesig, sehr geehrter Herr Caffier:

Nun ist es an Ihnen zu handeln. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran und zeigen Sie, dass Sie für Menschenrechte und ein menschenwürdiges Miteinander in Europa eintreten!

Wir fordern:

- ein Landesaufnahmeprogramm für schutzsuchende Menschen von der türkisch-griechischen Grenze und aus den Lagern der griechischen Inseln. JETZT!
- Unterstützung von griechischen Behörden und NGOs vor Ort bei der Auswahl besonders betroffener Personen.
- umgehende Organisation der Reise dieser Personen in sichere Unterbringungen in unserem Bundesland.
- Schnelle medizinische Versorgung, psychologische und sozialarbeiterische Betreuung.
- Bearbeitung der Asylanträge in einem fairen nationalen Asylverfahren.

Bündnis SEEBRÜCKE MV